

**Interregionale Fachtagung „Politische Bildung und Jugendarbeit“...geht das zusammen?
Vaduz, 24. September 2009, Vaduzer Saal**

Begrüssung / Einführung: Dr. Marcus Büchel, Amtsvorstand des Amtes für Soziale Dienste

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich darf Sie im Namen der Veranstalter – es sind deren drei – zur Fachtagung „Politische Bildung und Jugendarbeit“ herzlich begrüssen. Die Tagung ist, wie Sie der Einladung entnehmen konnten, eine „interregionale“. Mit „interregional“ sind der Kanton St. Gallen, das Bundesland Vorarlberg und das Fürstentum Liechtenstein gemeint, zwei Länder zweier Bundesstaaten also und ein Staat.

Die Fachtagung verdanken wir der seit vielen Jahren währenden, hervorragenden Zusammenarbeit zwischen St. Gallen, Vorarlberg und Liechtenstein im Jugendbereich. Diese besteht nicht nur in einem fruchtbaren Dialog, der zwischen den drei zuständigen Stellen und – in grösseren Abständen – zwischen den zuständigen Regierungsmitgliedern mit einem Gewinn für alle gepflegt wird. Wir treten auch regelmässig an die Öffentlichkeit. Wenn ich „wir“ sage, meine ich meine beiden Amtsleiterkollegen Thomas Müller aus Vorarlberg und Kaspar Sprenger aus St. Gallen, mit Mitarbeitern. Ich begrüsse Euch herzlich.

An die Öffentlichkeit treten wir mit zwei Produkten:

- Den Jugendprojektwettbewerben, die die direkte Einbindung von jungen Menschen mit guten Ideen zum Ziel haben
- und den Fachtagungen für Menschen, die ehrenamtlich oder professionell mit jungen Leuten arbeiten. Heuer haben wir die Ehre, die Fachtagung in Vaduz auszurichten.

Das heutige Tagungsthema „politische Bildung“ wurde an einer Amtslitersitzung in St. Gallen geboren, meiner Erinnerung nach von St. Gallen eingebracht und von uns allen als gute Idee rasch gut geheissen.

Aus Liechtensteiner Sicht hatten wir ein mehrfaches Interesse an dieser Themenwahl. Zum einen hatten wir ein sehr erfolgreiches Jugendpartizipationsprojekt am Laufen. Wir haben es JUBEL genannt: nüchterne Inhaltsbeschreibung (JUgendBeteiligung Liechtenstein) und Programm („Jubel!“) zugleich. Zum anderen war unser neues Kinder- und Jugendgesetz bereits weit gediehen; mittlerweile, d.h. Ende letzten Jahres, ist es vom Landtag verabschiedet worden und am 1.2. ist es in Kraft getreten. Dieses Gesetz widmet ein eigenes Kapitel der Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen. Darin wird zum ersten Mal in Liechtenstein auf Gesetzesstufe normiert, dass Kinder und Jugendliche Mitsprache-, Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsrechte an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen auf Gemeinde- und Landesebene haben. Ein eigenes Gremium, der Kinder- und Jugendbeirat, wurde geschaffen, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu fördern und deren Miteinbezug sicher zu stellen. JUBEL, welches ein landesweites Jugendbeteiligungsverfahren darstellt, sowie ein kommunales Verfahren aus Vaduz werden am good-practice-block am Nachmittag vorgestellt werden.

Selbstverständlich sind wir sehr interessiert, von unseren Nachbarn aus Vorarlberg und St. Gallen zu hören, welche Erfahrungen sie mit ihren Jugendbeteiligungsmodellen gemacht haben. Letztlich stehen wir mit der Partizipation noch am Anfang, um so wichtiger sind Diskussion und Erfahrungsaustausch.

Wiewohl wir die Jugendpartizipation als sehr wichtig betrachten, vieles gemacht und in den letzten Jahren auch einiges erreicht haben, stehen wir diesem Ansatz nicht unkritisch oder gar blauäugig gegenüber. Schon der Titel der Tagung „Politische Bildung und Jugendarbeit – geht das gemeinsam?“ bringt die m.E. notwendige Skepsis zum Ausdruck und umreist ein Spannungsfeld.

Aus meiner Sicht sind es zwei Gefahrenmomente, die man im Auge behalten sollte, wenn man Jugendpartizipation betreibt: einerseits besteht die Gefahr in einer Ideologisierung und Vereinnahmung, andererseits in einer weiteren Zurückdrängung der Kindheit.

- a) Es liegt auf der Hand, dass unter dem Deckmantel der Partizipation Vereinnahmung für bestimmte Ideologien erfolgen kann. Das betrifft nicht nur traditionelle Parteien sondern Sekten, Religionsgemeinschaften, politische Extremisten, sowie Gruppierungen, die vordergründig positiv besetzte Ziele wie Umwelt-, Tierschutz, verfolgen, sich aber in Wirklichkeit im Besitz der einzigen Wahrheit wähnen und engstirnig, narrow minded!, und nicht selten auf totalitäre Art ihre Ziele verfolgen. Jugendliche werden wegen ihrer unreifen Persönlichkeit besonders leicht Opfer der Indoktrinierung solcher Gruppierungen.
- b) Falsch verstandene Partizipation kann zu einer weiteren Zurückdrängung der Kindheit bzw. des Kindseins führen, eine Entwicklung, die wir in den westlichen Ländern in den letzten 2 Jahrzehnten beobachten. Zum Wesen des Kindseins gehört es, dass das Kind darauf vertrauen kann, dass es Eltern und andere Erwachsene hat, die wissen, was gut ist für es und die ihm Gutes auch tun. Wird die Hierarchie umgekehrt, indem das Kind von den Erwachsenen ständig dazu aufgefordert wird, selbst zu definieren, was für es gut ist, so führt dies in der Gesellschaft zu ähnlichen katastrophalen Ergebnissen wie in den Familien. Falsch verstandene Partizipation tut so, als ob die Jugendlichen den Weg vorgeben, müssten sie die Hauptverantwortung tragen für ihr Wohlergehen. Die Verantwortung für ein förderliches Umfeld, für positive Entwicklungsbedingungen bezüglich Ausbildung, Beruf, bei sozialen Bezügen und Freizeit müssen aber letztlich die Erwachsenen tragen.

Demgegenüber sollten die Ziele von Partizipation in der Persönlichkeitsbildung bestehen, in der Förderung einer eigenständigen Meinungsbildung sowie in der moralischen Förderung.

- Interesse fördern an Gemeinschaft, Natur und Umwelt
- schnittweise ausserhalb des engen Familienkreises Verantwortung übernehmen
- Befähigung zur Selbst- und Mitbestimmung
- Befähigung verschiedene Meinungen zuzulassen, abzuwägen und sich selbst ein Urteil zu bilden
- die Befähigung, sich (auch) öffentlich zu äussern und seinen Standpunkt zu vertreten
- Interessen anderer berücksichtigen

- Förderung der moralischen Ich-Instanz

Ich bin überzeugt, dass in diesem Sinne verstandene Partizipation einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung zu leisten vermag.

Eine Bemerkung zum Wahlalter

Die Senkung des Wahlalters wird künftig als Massnahme dargestellt, um das politische Interesse von Jugendlichen zu fördern.

Ich stehe dieser Entwicklung kritisch gegenüber. Die Entkoppelung von persönlicher Verantwortung (z.B. im strafrechtlichen Sinne) und Wahlrecht (= Verantwortung für die Gesellschaft) halte ich nicht für sinnvoll. Den Jugendlichen werden im Grunde damit zwei Jahre ihrer „Kindheit“ genommen: wer sich im uneingeschränkten Ausmass für sich und die Gemeinschaft verantwortlich macht, ist per definitionem Erwachsener.

Ich habe die Gedanken in der Kürze einer Einleitung nur komprimiert darlegen können. Sie werden aber im Verlauf der Tagung sicher noch einiges darüber hören und zu diskutieren haben.

Zum Programm:

An unserer Tagung werden wir uns zunächst mit theoretischen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und im Anschluss daran, mit der Umsetzung und der Praxis beschäftigen. Sie werden am Vormittag drei Referate hören. Am Nachmittag werden Sie anhand von sechs Beispielen aus den drei Regionen erfahren, wie Partizipation praktisch umgesetzt werden kann. Anschliessend werden Sie, liebe Teilnehmer und Teilnehmerinnen, Raum haben das Gehörte und Gesehene zu diskutieren.

Zwischendurch wird es reichlich Gelegenheit zum informellen Gedankenaustausch geben. Bekanntlich entstehen viele gute Ideen und Projekte in der entspannten Atmosphäre während Pausen. Nutzen Sie die Zeit bitte auch um die Ausstellung Barbiefreie Zone von „amazon“ zu betrachten. Mehr zur Ausstellung werden wir später erfahren.

Ich danke schon jetzt den Referenten, Workshopteilnehmern, Diskutanten und den anderen Mitwirkenden für ihre Beiträge. Ein besonderer Dank geht an den ViB und den Natur- und Weltladen, die die Verantwortung für unser gustatorisches Wohlergehen übernommen haben. Einen herzlichen Dank an meine Mitarbeiter Nancy Barouk-Hasler und Ludwig Frommelt sowie sie stillen Helfer für die Organisation.

Ich wünsche uns allen einen erkenntnis- und erlebnisreichen Tag!

24.9.2009 / Dr. Marcus Büchel, Amtsvorstand Amt für Soziale